Tagungsbericht: „Europa im Zeichen von Risiko und Sicherheit“. Sommerkurs des Berliner Kollegs für Vergleichende Geschichte Europas, 19. – 25. August 2007

von Joachim Häberlen und Mateusz J. Hartwich
(Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas)

Dass Sicherheit, sei es als Versorgungssicherheit, Energiesicherheit, Terrorismusabwehr und ähnliches, und Risiko - man denke nur an die Vorfälle in den Atomkraftwerken - und die Verlagerung von Aufgaben sozialer Sicherung auf die Bürger hochaktuelle Themen sind, ist in den letzten Jahren offenkundig geworden. Jedoch bedürfen „Sicherheit“ und „Risiko“ der Einordnung in historische Kontexte, wie der diesjährige Sommerkurs des Berliner Kollegs für Vergleichende Geschichte Europas eindrucksvoll gezeigt hat. Die schon zum wiederholten Male stattfindende Veranstaltung wurde mit der Unterstützung der ZEIT-Stiftung, der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der E.ON Ruhrgas AG und des E.ON Ruhrgas-Stipendienfonds durchgeführt, und versammelte 20 NachwuchswissenschaftlerInnen aus neun Ländern ebenso wie zahlreiche ReferentInnen aus dem In- und Ausland.

Schon die ersten Vorträge am Montagvormittag gaben im gewissen Maße den Ton der gesamten Tagung vor. Nach einer kurzen Begrüßung durch Manfred Hildermeier (Göttingen) leitete Tatjana Tönsmeyer (BKVGE), die auch für die Konzeption des Sommerkurses verantwortlich war, in die Thematik ein. In der Gegenwart ist Sicherheit, wie Tönsmeyer ausführte, ein zentrales und hoch emotionalisiertes Thema. Die Bürger erwarten vom Staat und anderen auch privaten Institutionen, dass diese für Sicherheit sorgen. Diese Sicherheitserwartung bestand nicht immer, womit sich zeigt, dass das Thema „Sicherheit“ historisiert werden muss. Die Geschichte der Versicherungen, etwa im französischen Kontext gegen Arbeitsunfälle, zeigt einen fundamentalen Wandel im 19. Jahrhundert. Unfälle wurden nun nicht mehr als Schicksal angesehen, das hingenommen werden musste, sondern als Ereignisse, gegen die man sich versichern konnte. Die Industrialisierung steht wiederum in einem engen Zusammenhang mit diesem Wandel der Wahrnehmung von Katastrophen und Unglücken. Sie könne als Versuch verstanden werden, mittels technischer Innovationen fundamentalen Bedrohungen zu begegnen, die seit der Aufklärung nicht mehr als gottgegeben wahrgenommen wurden. Technik sollte also Sicherheit gewährleisten – ein Verhältnis, das heute massiv in Frage gestellt wird, wenn Technik als Bedrohung wahrgenommen wird. In analytischer Hinsicht biete

sich „Sicherheit“ als ein Konzept an, das die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft überbrücken könnte, wie Eckart Conze jüngst vorgeschlagen hat. Es handelt sich dabei immer um subjektive Kategorien, die von den jeweiligen Wahrnehmungen der Akteure geprägt oder zumindest beeinflusst werden

In den ersten beiden Vorträgen führten der Politikwissenschaftler Herfried Münkler (Humboldt-Universität zu Berlin) und der Wirtschaftswissenschaftler Michael Power (London School of Economics) in das Thema ein. Ausgehend von begriffshistorischen Überlegungen kennzeichnete Münkler einige Paradoxien der Sicherheit, die sich unter dem Gegensatz zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit fassen lassen. Je zahlreicher die Sicherheitsvorkehrungen sind, desto größer wird die empfundene Unsicherheit, da eben erst durch die Schaffung einer Vorkehrung gegen ein Risiko dieses als ein Risiko und dadurch eine mögliche Unsicherheit wahrgenommen wird. Beide, objektive und subjektive Sicherheit, können damit nicht zusammenfallen. Dieses Auseinanderklaffen ist allerdings eine Entwicklung der Moderne. Der Religion konnte es noch, wie Münkler unter dem Begriff der „Geborgenheit“ ausführte, gelingen, beide Aspekte der Sicherheit zu vereinen. In der Moderne hingegen haben sich tatsächliche und gefühlte Sicherheit voneinander entfernt. Während sich die Sicherheitssituation verbessert, nimmt das Sicherheitsbewusstsein ab. Dieser Widerspruch sei, so Münkler, einer der Stacheln, der für Fortschritt sorge. Da die Erwartung nach mehr Sicherheit nie erfüllt werde, müssten sich Gesellschaften entwickeln. Gleichzeitig könne jedoch ein Übermaß an Sicherheit zu gesellschaftlichen Lähmungen führen, wie das Beispiel der DDR zeige. Daher müssten Gesellschaften immer darauf bedacht sein, eine Balance zwischen Sicherheit und Risiko herzustellen. Wie sich diese historisch konkret in unterschiedlichen Gesellschaften gestaltet, ist Wandlungen unterworfen. Diese zu erforschen, sind Gegenstand der Geschichtswissenschaft.

In seinen abschließenden Bemerkungen ging Münkler noch einmal auf das aktuelle Problem des Terrorismus ein. Dieser ziele vor allem darauf ab, Angst zu schaffen. Aufgabe des Staates sei es hingegen, die undefinierte Angst in eine konkrete, an einen Gegenstand gebundene Furcht umzuwandeln. Daher sei es wichtig, nicht mit Angst auf den Terrorismus zu reagieren, sondern mit einer „heroischen Gelassenheit“, wie Münkler es formulierte.

Der Londoner Wirtschaftswissenschaftler Power wandte sich der Unsicherheit im wirtschaftlichen und finanziellen Sektor zu, wobei er vier Themenbereiche ansprach. Erstens die Bezie-

hung von Risiko und Organisationen. Diese seien, so Power, selber Versuche, Risiko zu kollektivieren und damit zu minimieren. Dabei ist hervorzuheben, dass Risiken als Managementobjekte konstruiert werden, wobei zu untersuchen ist, was als Risiko konstruiert wird und was nicht. Zum zweiten wandte er sich dem Verhältnis von Risikoanalyse und Risikomanagement („risk governance“) zu. Entscheidend in diesem Kontext sei ein längerfristiger Trend, Risiken in Zahlen zu fassen und sie damit kalkulierbar zu machen, was durchaus einen emotionalen Aspekt habe, wenn etwa sehr „cool“ über „low probability high risk events“ gesprochen wird. Jedoch werde die gesellschaftlich zentrale Frage, was ein Risiko sei, oftmals vor allem mathematischen Experten überlassen, einer relativ kleinen elitären Gruppe. Drittens wandte sich Power dem Verhältnis von Risiko- und Chancengesellschaft zu. Es entstehe der Eindruck, als ob versucht werde, Risiken zu mindern. Schaut man jedoch genauer hin, so erkennt man, wie Power ähnlich wie Münkler argumentierte, dass Risiko gesellschaftlich wertvoll ist, wenn etwa Unternehmer Risiken eingehen. Diese Risiken einzugehen ist eine der zentralen Aufgaben von Unternehmern und Unternehmen. Viertens diskutierte Power den Begriff des Risikos, der vorab nicht präzise definiert werden könne. Was in spezifischen Kontexten genau als ein gesellschaftliches Risiko bestimmt würde, sei gerade die interessante Frage. Dies ändere sich historisch und unterliege stetigen Neuverhandlungen. Wie auch Münkler betonte Power damit die Historizität der konkreten Ausgestaltung dessen, was als Risiko wahrgenommen wird.

Am Nachmittag wandte sich der Sommerkurs dann der Konkretion dieser theoretischen Überlegungen zu, zunächst bezogen auf den „klassischen“ Bereich der Sicherheitspolitik. Jost Dülffer (Universität zu Köln) fragte in seinem Vortrag über die lange Periode des Friedens in Europa nach 1945 (die er, im Gegensatz zum populären Konzept des „Kalten Krieges“ als „Ost-West Konflikt“ bezeichnete), was diesen Frieden erhalten habe. Hierzu nannte er vier Aspekte: Zunächst warf der Zweite Weltkrieg weiterhin seinen Schatten. Gerade für die Sowjetunion sei Deutschland, das als besonders aggressiver imperialistischer Staat angesehen wurde, ein Kernproblem gewesen. Ein Wiedererstarken Deutschlands wollte die Sowjetunion daher um jeden Preis verhindern. Deutschland einzubinden und damit erneute deutsche Aggressionen zu verhindern, war aber gleichzeitig auch Ziel der westlichen Siegermächte. Zweitens betonte Dülffer das atomare Wettrüsten, das zu einer Situation führte, in der keine Seite in der Lage gewesen wäre, einen Atomkrieg zu überleben. Die Atombombe fungierte mithin nicht als militärische Waffe, wohl aber als politische. Gleichwohl war die Situation prekär, und mehrmals kam es zu Situationen, in denen eine Eskalation des Konflikts bis zum möglichen Atomwaffeneinsatz drohte. Drittens wurde die Auseinandersetzung als ideologi-

scher Konflikt ausgetragen. Dies ergab sich daraus, dass beide Seiten versuchten, sich gegenseitig mit ideologischen Mitteln subversiv zu beeinflussen. Zwar scheiterten diese Versuche oftmals; sie führten jedoch dazu, dass aus dem kalten Krieg kein heißer wurde. Viertens wurden in dem Konflikt die wirtschaftlichen Ressourcen mobilisiert, was letztlich bewirkte, dass der Ostblock in der Entwicklung immer mehr zurück blieb. Der wirtschaftliche Wettbewerb wurde zugunsten des Westens entschieden. Diese vier Aspekte führten dazu, dass der Konflikt sich selbst erhielt – Dülffer sprach von einem „self-sustained conflict" –, gleichzeitig aber nicht in einen heißen Konflikt eskalierte, auch wenn dies mehrmals drohte.

Im zweiten Nachmittagsvortrag führte Holm Sundhaussen (BKVGE) detailreich die Vorgeschichte des jüngsten Balkankonflikts aus. Hierbei ist ein Zusammentreffen mehrerer Faktoren zu beobachten. Zunächst gerieten Jugoslawien und die dortige Variante des Sozialismus zu Beginn der 1980er Jahre in eine tiefe Krise, so dass der Lebensstandard der Bevölkerung sank. Hinzu kam, dass die internen Nationalitätenkonflikte aus dem Zweiten Weltkrieg nie aufgearbeitet worden waren. Diese Traumata schlummerten gewissermaßen in Jugoslawien. Entscheidend war aber, dass die Erinnerung an diese Konflikte in teilweise äußerst aggressiver Form im Moment der Krise als eine Reaktion auf sie wiederbelebt wurde. Die alten Nationalismen boten, vor allem auf serbischer Seite, eine Erklärung der Notlage an. Sundhaussen stellte ausführlich dar, wie diese Situation zunehmend durch Terror und nationalistische Propaganda eskalierte, bis es schließlich zur „epistemologischen Katastrophe" kam, bei der die Konfliktparteien nur noch ihren eigenen angeblichen Opferstatus wahrnahmen, sich selber in einer existentiellen Bedrohung sahen, und daher nur noch mit Gewalt (re)agieren konnten.

Am Dienstag wandte sich der Sommerkurs Themen der „inneren Sicherheit" zu, die von Polizeigeschichte über die Geschichte des Terrorismus im Russland des 19. Jahrhunderts bis zur Waffenkultur in Deutschland im 19. Jahrhundert reichten. Thomas Lindenberger (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) führte den Kurs durch die deutsche Polizeigeschichte. Zunächst bestimmte er das Konzept der „Polizei" und deren Funktionen. Dem formellen Polizeibegriff zufolge ist die Polizei diejenige Institution, die das Gewaltmonopol des Staates vertritt; dem materiellen Polizeibegriff zufolge ist sie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Abwehr konkreter Gefahren für diese Ordnung zuständig, womit sie vom Kriminalamt abgegrenzt ist. Im zweiten Teil betrachtete Lindenberger den Wandel der Polizei in Deutschland. Hierbei sind wenigstens zwei große Wandlungen hervorzuheben. Zunächst war die Polizei bis in die Bundesrepublik hinein mit dem Schutz des Staates befasst.

Damit galt beispielsweise ein Angriff auf einen Polizisten immer als ein Angriff auf den Staat. Im Zuge einer umfassenden Professionalisierung der Polizei in der Bundesrepublik änderte sich dieses Bild ab den 1970er und 1980er Jahren. Nun ging es um den Schutz der Bürgers und ihrer Freiheiten, etwa auf Demonstrationen. Kritik an der Polizei und Übergriffe auf Polizisten wurden in diesem Kontext neu bewertet und nicht mehr zwangsläufig als Angriff auf die gesamte staatliche Ordnung verstanden. Ein ähnlicher Wandel lässt sich bei der Frage nach dem „Klassencharakter" der Polizei feststellen. War es zu Beginn der Industrialisierung Aufgabe der Polizei, das Eigentum zu schützen, was sie fast zwangsläufig in Konflikt mit den (relativ) eigentumslosen Schichten brachte, so führte die Verbreitung des gesellschaftlichen Wohlstandes zu einem anderen Verhältnis zur Polizei. Insbesondere die Automobilisierung brachte es mit sich, dass die Polizei von den Bürgern als ein Service wahrgenommen wurde, der im Straßenverkehr schützende und die öffentliche Ordnung sichernde Funktionen wahrnahm. Auch hiermit näherte sich die Polizei also den Bürgern an. Im letzten Teil seines Referats ging Lindenberger auf die Gefahren ein, die von der Polizei ausgingen und ausgehen, denn trotz aller Wandlungen führen Polizeieinsätze immer noch häufig zu erheblichen Verletzungen. Allerdings sind diese wesentlich seltener tödlich und gezielter gegen individuelle Straftäter gerichtet.

In ihrem Vortrag „Von männlichen Rittern und schlanken eleganten Bomben" sprach Carola Dietze (DHI Washington) über Terrorattentate auf europäische Monarchen im 19. Jahrhundert und deren Reaktionen. Anhand zahlreicher Beispiele führte sie aus, dass Staatsoberhäupter oft betont gelassen auf die Anschlagsversuche reagierten. Der russische Zar Alexander II. bestand sogar darauf, mit den Angreifern zu sprechen. Dies erklärte Dietze damit, dass es den Angegriffenen darum ging, der Öffentlichkeit gegenüber ein „ritterliches" Verhalten zu demonstrieren und sich nicht eingeschüchtert zu zeigen. Den hingeworfenen Fehdehandschuh galt es aufzunehmen. Gerade im Falle Alexanders II. nutzten die Attentäter dieses Verhalten und den im zu Grunde liegenden Wertekodex aus, so dass er schließlich einem zweiten Attentat zum Opfer fiel. Während Monarchen einem traditionellen Verhalten der Ritterlichkeit treu blieben, wandten die Attentäter mit Begeisterung immer modernere Mittel und Techniken an – „schlanke, elegante Bomben", wie eine russische Anarchistin formulierte. Dietze sprach in diesem Kontext von einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die sich Attentäter zunutze machten.

Im letzten Vortrag des zweiten Tages ging Dagmar Ellerbrock (Universität Bielefeld) auf Fragen von Sicherheit und Waffenkultur ein. Ellerbrock begann mit amerikanischen Reaktionen auf dortige Schul- und Universitätsmassaker. Zum großen Unverständnis in Deutschland ist in den Vereinigten Staaten noch vor kurzem gefordert worden, dass mehr Studenten Waffen tragen sollten. Wäre dies der Fall gewesen, so hätten Attentäter früher erschossen werden können. Im Gegensatz dazu verlangten deutsche Politiker nach dem Massaker von Erfurt 2002, die Waffengesetzgebung zu verschärfen. Hier treten unterschiedliche Vorstellungen darüber hervor, welche Sicherheitsbereiche dem Bürger überlassen werden welche dem Staat obliegen sollten. Dass sich diese Vorstellungen gewandelt haben, zeigt ein Blick auf die Waffenkultur in Deutschland im späten Kaiserreich. Dort war der Waffenbesitz weitestgehend unkontrolliert, und auch das Tragen von Waffen nur begrenzt reglementiert. So besaßen auch zahlreiche Studenten, ältere Schüler und Gesellen Waffen. Auch entwickelte sich ein lebhafter Versandhandel mit Waffen, den Ellerbrock ausführlich darstellte. Obwohl es in der Öffentlichkeit laute Rufe nach einer schärferen Regulierung gab, lehnten dies die Behörden bis 1928 ab. Sowohl der Vergleich zwischen dem Kaiserreich und der heutigen Situation in Deutschland als auch die komparative Perspektive auf die USA zeigt, wie wandelbar Sicherheitsdiskurse und Sicherheitskonzepte im Bereich der Waffenkultur sind.

Den „kurzen“ Konferenztag am Mittwoch bestritt Bela Tomka (Universität Szeged). In seinem (englischen) Vortrag zur „Sozialpolitik im Ost-West-Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert“ wies der ungarische Sozialhistoriker auf die steigende Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft für Sozialstaatsfragen hin, wobei jedoch vergleichende Untersuchungen aufgrund weiterhin existierender Vorurteile („geographical bias“) und methodologischer Schwierigkeiten immer noch selten sind. Ein weiteres methodisches Problem stellen in den Sozialwissenschaften entwickelte Typologien dar, die sich nicht ohne Weiteres auf historische Phänomene übertragen lassen. In seiner Untersuchung der Entwicklung des Sozialstaates in Ungarn unterstrich Tomka historische Kontinuitäten – Ungarn war das dritte Land überhaupt, das Sozialversicherungen einführte – bis in die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hinein, also nachdem das kommunistische System eingeführt worden war. Erst die 1970er Jahre brachten neue Entwicklungen (v.a. Ausweitung des Umfangs des Versicherungsschutzes bei gleichzeitig bescheidenen Leistungen; strukturelle Benachteiligung ländlicher Bevölkerung), wobei sich, im Unterschied zu den übrigen Staaten Ostmitteleuropas, die Staatsausgaben für Renten schon im darauf folgenden Jahrzehnt rasant erhöhten. Schon damals bewegte sich das ungarische Modell zwischen den klassischen Typen, dem sozialdemokrati-

schen und liberal-konservativen. Nach dem Systemumbruch von 1989/90, weiteren Reformen und deren Rücknahme erhielt sich die Dynamik, was eine Typologisierung weiterhin erschwert.

Der Donnerstag war der Kleingruppenarbeit gewidmet. In drei Arbeitsgruppen (Leitung: Arnd Bauerkämper, Carola Dietze, Tatjana Tönsmeyer) konnten die SommerkursteilnehmerInnen ihre Forschungsprojekte vorstellen und über verschiedene Ansätze die Fragen von Sicherheit und Risiko diskutieren. Dabei reichten die Themen vom transnationalen Terrorismus in Westeuropa der 1970er Jahre über politische Gewalt der Zwischenkriegszeit und verschiedene Sozialstaats- und sicherheitspolitische Aspekte bis zu Touristen als Risikofaktor. Da unterschiedliche Disziplinen unter den TeilnehmerInnen des Sommerkurses vertreten waren, berührten die thematisch breit verteilten Diskussionsbeiträge neben den inhaltlichen auch methodische Aspekte. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Diskussionen gehörten die Einsicht in das Erklärungspotential von Konzepten der Sicherheit und des Risikos, die den Wandel von Vorstellungen stärker berücksichtigt und beide Aspekte als "analytische Instrumente" versteht, die helfen können, historische Begebenheiten mithilfe dieser Kategorien besser begreifbar zu machen. Diese analytische Perspektive kann auch zur Herausarbeitung der jeweiligen Ambivalenzen von Sicherheit und Risiko beitragen.

Der letzte Konferenztag begann mit Jean-Luc Pinols (Universität Lyon) Beitrag zu „European Cities and Diseases 1800-1950“. Anhand des Paradigmenwechsels von der „Miasma“ -Theorie hin zur Bakteriologie – ein Prozess, der weder linear noch unhinterfragt verlief – und konkreter Beispiele des Umgangs mit Epidemien und deren Bekämpfung im 19. und 20. Jahrhundert zeigte Pinol, wie Stadtregierungen mit Hilfe von „trial and error“ „learning by doing“ und unter Zuhilfenahme neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (vor allem des Einsatzes von Kartographie und Statistik) ihre Effizienz auf diesem Feld steigern konnten. Dass dieser Fortschritt zu einem gewissen Maße auch durch Transferprozesse ermöglicht wurde, die im frühen 20. Jahrhundert zur Gründung eines europäischen Städtenetzwerks Anfang des 20. Jahrhunderts führten, gehört sicherlich zu den interessantesten Befunden von Pinols Untersuchung.

Stärker auf die Gegenwart t und auf Zukunftsperspektiven bezogen war das Zwiegespräch zwischen Werner Nowak, Vertreter der E.ON Ruhrgas AG, und Roland Götz (Stiftung Wissenschaft und Politik), das die Vormittagssitzung beschloss. Mehrfach wurde dabei die Frage

der Energiesicherheit im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Russland aufgegriffen, wobei beide Redner bemüht waren, die Brisanz des Themas durch Hinweis auf strukturelle Merkmale und die Rolle privatwirtschaftlicher Akteure zu relativieren. In der Diskussion wurden diese politischen Probleme ebenso wie Fragen der Umweltverträglichkeit und der Zukunftsplanung im Energiebereich teilweise kontrovers diskutiert. Ein wichtiger Aspekt, der in der Diskussion wie in der Vorträgen an mehren Stellen berührt wurde, war die Rolle des Staates – als gewährleistende, regulierende und letztlich entscheidende Instanz.

Einen eher kulturhistorisch orientierten Abschluss der Tagung, mit Bezügen zur aktuellen Politik, stellte das Referat von Kerstin Jobst (Universität Salzburg) über „Katastrophendiskurse am Beispiel des Holodomors und Chornobyls im Prozeß des ukrainischen *nation-building*“ dar. Darin wurden die großen Hungersnöte der 1920er und insbesondere 1930er Jahre mit mehreren Millionen Toten und das Reaktorunglück von 1986 im Kontext ukrainischer Identitätsdiskurse analysiert. Die Referentin arbeitete heraus, wie sich in dem Land seit Ende der 1980er Jahre, in verstärktem Maße aber seit der sog. Orangenen Revolution, ein nationaler Opfermythos verfestigte, der beide Katastrophen als Kitt für das Nationalbewusstsein des weiterhin gespalteten Landes benützte. In dieser Geschichtspolitik spielten auch internationale Bezüge eine wichtige Rolle – von exilukrainischen Milieus, die das Thema des Holodomors in der 1980er in den USA in den Umlauf brauchten über die Abgrenzung gegenüber Russland bis zur internationalen Instrumentalisierung beider Themen.

Insgesamt zeigte die Tagung, welche thematische und methodische Vielfalt sich unter den Begriffen Sicherheit und Risiko fassen lässt. Der ausgesprochen interdisziplinäre und internationale Charakter der Veranstaltung ist dabei als großer Gewinn hervorzuheben, auch wenn deutlichere Bezüge der Referate und der einzelnen ReferentInnen aufeinander wünschenswert gewesen wären. So oblag es in großem Maße den ModeratorInnen, die Klammer zwischen den Themen und den Rückbezug zu den beiden Schlüsselbegriffen herzustellen. Bezeichnenderweise wurde die Konzeptualisierung dieser Konzepte zu Beginn der Tagung von „Außenstehenden“ – einem Sozial- und einem Wirtschaftswissenschaftler – vorgenommen, und die Aufgabe der TeilnehmerInnen war es anschließend, die Theoriekonstruktionen in Auseinandersetzung mit historischen Phänomenen zu überprüfen. Die intensiven Diskussionen, mit wiederholten Bezügen zu Herfried Münklers Begriffspaaren „Angst“ und „Furcht“ sowie „Gefahr“ und „Risiko“, haben dieses Vorgehen bestätigt und auch die Fruchtbarkeit der Gesamtkonstruktion des Sommerkurses belegt.